

Gebühren erhitzen Gemüter

ÄRGER / *Der Nunninger Gemeinderat musste sich mit diversen Einsprachen gegen die Wassergebühren befassen.*

NUNNINGEN. Das neu eingeführte Wasser- und Abwasserreglement beschert dem Nunninger Gemeinderat etliche Einsprachen bezüglich der versandten Rechnungen. Die beschlossene Grundgebühr über 225 Franken bedeutet für einen ein- oder zweiköpfigen Haushalt fast eine Verdoppelung der Wasserrechnung. «Wir müssen uns an die Vorgaben des Kantons Solothurn halten», meinte Gemeindepräsident Kuno Gasser und verwies auf die Bedingung, dass die Wasserrechnung selbsttragend sein müsse.

Die Einsprecher monierten, dass das Wassersparen bei einer derart hohen Grundgebühr zur Farce werde. Auch diejenigen mit eigener Quelle werden mit diesem System massiv zur Kasse gebeten. Mehrfach wurde im Rat darauf hingewiesen, dass die Gemeindeversammlung am 12. Dezember 2002 dieser Tarifierhöhung zugestimmt hatte und deshalb wurden alle Beschwerden abgelehnt.

Ein weiterer Knackpunkt sind Einfamilienhäuser, die eine kleine Zweitwohnung beherbergen. Für solche Häuser werden zwei Grundgebühren verlangt, auch wenn die Zweitwohnung von einem Familienmitglied bewohnt wird. Bei diesen Fällen wurden die Einsprachen ebenfalls abgelehnt. Eine Ausnahme machte man bei demjenigen Einsprecher, der seine

Zweitwohnung seit Jahren nicht mehr vermietet hat. Nach langer Diskussion formulierte der Rat mit einem Stimmenverhältnis von 5:4 eine Ausnahmeregelung, wonach die 2. Grundgebühr erlassen wird, sofern die Wohnung seit 2 Jahren nicht mehr bewohnt und die Vermietung nicht wieder angestrebt wird. Der Vermieter wird allerdings verpflichtet, bei einer Neuvermietung die Gemeinde sofort zu orientieren.

Zwei Familien aus dem Kosovo haben in Nunningen das Schweizer Bürgerrecht beantragt und stellten sich an der Gemeinderatssitzung vor. Auf die Frage, warum sie Schweizer werden wollen, meinte einer der Ehemänner: «Wir leben und arbeiten seit 20 Jahren in der Schweiz und werden nie mehr in unser Heimatland zurückkehren!» Die erste Familie hat drei und die zweite sieben Kinder. Alle haben die Ausbildung in der Schweiz absolviert. Sie würden sich wie Schweizer fühlen und arbeiten oder lernen in hiesigen Betrieben. Der eine Vater ist Kranführer, der andere arbeitet als Maurer. Ihre Gattinnen arbeiten als Raumpflegerin, resp. Angestellte im Altersheim. Im Dezember wird über ihr Gesuch entschieden.

Als Delegierte für das Alterszentrum Passwang wurde Gemeinderätin Liliane Müller-Hänggi und als Ersatzmann Markus Senn nominiert. (jjz)